

# „Eine beunruhigende Tendenz“

**JUSTIZ** Das Oberverwaltungsgericht leidet unter überbordender Bürokratie und einer Flut an Verfahren

Mit weniger Personal muss das Gericht immer mehr Fälle bearbeiten, klagt Präsident Jürgen Kipp. Die hohe Belastung sei eine Folge der Gerichtsfusion.

Von Torsten Gellner

**POTSDAM** | Bürokratie, Personalprobleme und eine Flut von Verfahren belasten das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zunehmend. Im vergangenen Jahr gingen mit rund 3800 neuen Verfahren so viele ein wie noch nie seit der Fusion vor knapp fünf Jahren. „Dem konnten wir nicht standhalten“, sagte Präsident Jürgen Kipp gestern in Berlin. Bearbeiten konnten die 34 Richter nur rund 3300 Verfahren. „Das ist eine beunruhigende Tendenz“, sagte Kipp. „Wir könnten nicht damit leben, wenn sich das als Trend verfestigen würde.“



Gerichtspräsident Jürgen Kipp.

Das Gericht leide unter den Folgen der Fusion, so Kipp. Die Oberverwaltungsgerichte Berlins und Brandenburgs waren 2005 mit Blick auf die geplante Länderfusion verschmolzen. Da die Länderehe jedoch auf Eis liegt, müsse man „mit einer Behelfskonstruktion leben“, sagte Kipp. Sein Haus müsse sich stets mit zwei Justizverwaltungen abstimmen, was zu Lasten der Arbeitsfähigkeit gehe. Die Einstellung eines Richters dauere durch die Abstimmung mit beiden Ländern teils bis zu einem Jahr. „Bei uns wird aus jeder Richterstelle ein Staatsakt.“ Seit Jahren müsse das Gericht mit Personallücken leben, da Stellen aufgrund der Abstimmungsprozedur unbesetzt blieben. Außerdem habe sich die Zahl der Richterstellen trotz einer Zunahme an Ver-

fahren seit der Fusion von 43 auf 34 reduziert.

Ein gemeinsames Richter-gesetz fehlt bis heute. Angesichts des Wechsels im Brandenburger Justizministerium vergangenen Herbst und der Berliner Abgeordnetenhauswahlen im kommenden Jahr glaubt Kipp nicht daran, dass sich beide Länder bald auf das Gesetz einigen werden.

„Ein gemeinsames Richter-gesetz ist weiterhin das vom Brandenburger Justizministerium angestrebte politische Ziel“, sagte Ministeriumssprecher Frank Schauka der MAZ. Man gehe davon aus, dass das Gesetz noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden kann. Eine entsprechende Arbeitsgruppe werde sich demnächst um die Details kümmern.

Weiter klagte Präsident Kipp über wachsende bürokratische Zwänge. So müsse das Gericht an die Berliner Justizverwaltung melden, wie viel Zeit die Beschaffung einer Druckerpatrone oder von Bleistiften in Anspruch nimmt. Was mit den Daten geschieht, weiß Kipp nicht. „Wir melden und melden, aber man hört nichts davon. Das geht ins Leere und verpufft.“

Doch nicht nur Bürokratie und Personalprobleme, sondern auch die Verfahren selbst belasten das Gericht. Als Beispiel nannte Kipp die Entscheidung über das „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide. „Eine Sache von einem solchen Schwierigkeitsgrad habe ich noch nicht erlebt“, sagte Kipp. Ein Richter sei fünf Monate ausschließlich mit dem Verfahren beschäftigt gewesen.

Die Folge der prekären Situation sei etwa die zunehmende Verfahrensdauer. „Das ist ein Zustand, der nicht so bleiben kann.“ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg



Wer vors Oberverwaltungsgericht zieht, braucht Geduld. Hier stapeln sich die Akten.

FOTOS: GELLNER

## Mehr Verfahren, weniger Richter

- **Am 1. Juli 2005 fusionierten** die Oberverwaltungsgerichte von Berlin und Brandenburg. Damals arbeiteten dort 43 Richter. Heute sind es 34.
- **Mit 3762 neuen Verfahren** beschäftigte sich das Oberverwaltungsgericht im vergangenen Jahr – ein Höchstwert. Erledigen konnte es nur 3288. Besonders zeitaufwendig war

die Entscheidung über das „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide. Ein Richter war fast fünf Monate ausschließlich mit dieser Sache beschäftigt.

■ **An den Verwaltungsgerichten in Brandenburg** sieht es nicht besser aus. 2009 gingen am Potsdamer Verwaltungsgericht 4166 neue Verfahren ein, erledigt wurden 3824. Fast

6400 Verfahren warten noch auf die Erledigung.

■ **Eine zu lange Verfahrensdauer** ist die Folge. Sie wurde kürzlich vom Brandenburger Verfassungsgericht als rechtswidrig gewertet. Die Landesregierung müsse die zügige Bearbeitung gewährleisten und entsprechende personelle Mittel bereitstellen. *gel*

hat bereits die Verfahrensdauer an deutschen Oberverwaltungsgerichten moniert und Klägern Schadenersatz

zugesprochen. „Diese Situation ist gefährlich“, sagte Kipp. In seinem Haus sind mehr als 1000 Verfahren älter

als 3,5 Jahre. „Die würden in Straßburg sofort zu einer Verurteilung der Bundesrepublik führen.“